

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstzeitung  
Tageblatt Riesa.  
Germann Str. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen behördliche Blatt.

Postgeschäftsstelle:  
Dresden 1530.  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 137.

Donnerstag, 14. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschlag. Für den Fall des Eintritts von Probationsschreierungen, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise bezahlt wir uns das Recht der Preisverhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 mm breite, 2 mm hohe Gründungs-Säule (6 Silber) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Säule 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Semäßiger Rabatt erhält, wenn der Bezug verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schädliche Unterhaltungsbeiträge, „Gräpler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Versandungsanstalt — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notations- und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortliche für Anzeigen: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Reichstags-Dubetüre.

Die erste Reichstagsöffnung.  
Die Bemühungen um die Regierungsbildung.

Unter der Regie des sozialdemokratischen Alterspräsidenten Bock, eines trockenheitswütigen Jahres noch sehr temperamentvollen Parlamentariers, wurde der am 20. Mai neu gewählte Reichstag am Mittwoch eröffnet. Wer geglaubt hätte, dass sich bei der Reichstags-Dubetüre dieselben unerfreulichen Szenen abspielen würden, wie bei der Eröffnung des Preußischen Landtages, fahrt sich enttäuscht, oder hier besser gesagt, erfreut korrigiert. Die Sozialdemokraten haben ein sehr probates und wirkungsvolles Erziehungsmittel in der Tasche: sie haben den Kommunisten sagen lassen, dass sie nur dann bereit wären, in der Wahl des dritten Vizepräsidenten für einen Kommunisten zu stimmen, wenn das Verhalten dieser Fraktion während der Eröffnungseröffnung ihre „Parlamentarische Signatur“ erweisen würde, und auch nur dann, wenn die Kommunisten nicht gegen Ebbe, dem ausbrechenden Reichstagspräsidenten, stimmen sollten. Diese Drohung hat vorsätzlich gewirkt. Die Kommunistische Fraktion zögerte sich im Verlaufe der ersten Sitzung, abgeleitet von einigen Entgleisungen, recht wohlerogen und diszipliniert. Die Sitzung verlief daher nur sehr kurz und ließ nur in dem überfüllten Raum das Bedeutende des Augenblicks erkennen. Vor Eintreten in die Tagesordnung hörte der Reichstag sehend die warmen Worte des Alterspräsidenten an die Hinterbliebenen und Opfer der letzten Eisenbahnkatastrophe an. Die Wahl des Präsidenten wird erst in der Donnerstagsitzung erfolgen. Neben dem Reichstagspräsidenten Bock werden auch die beiden ersten Vizepräsidenten des alten Reichstages wieder gewählt werden. Sollten sich am Donnerstag die Kommunisten wieder gestillt verhalten und in der Abstimmung den Sozialdemokraten keinen Schwabernack antun, so werden sie sich dem dritten Vizepräsidenten wohl sichern können.

Hermann Müllers Bemühungen um die Regierungsbildung fanden auch im Verlaufe des Mittwoch noch nicht zur Reife geladen. Insbesondere sind keine Verhandlungen mit den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei noch zu einem positiven Ergebnis geführt worden. Die Deutsche Volkspartei verlangt nach wie vor gewisse Sicherungen über die Wirtschaftspolitik der kommenden Regierung; ferner erklärte sie sich außerstande, ohne ein vorbereitetes Einvernehmen mit ihrer Fraktion im Preußischen Landtag eine Entscheidung zu fällen. Da immerhin im sozialdemokratischen Lager Gewissheit besteht, dem Wunsche der Deutschen Volkspartei auf eine gleichmäßige Schaffung der großen Koalition im Reich und im Preußischen Landtag zu folgen, so könnte doch eine Annäherung der Meinungen hier zu erwarten sein. Einem Wunsch des Zentrums hat die Sozialdemokratie insfern bereits Rechnung getragen, als sie sich damit abfinden wird, dass in die kommende Regierungserklärung ein Pausus hineingegenommen wird, der eine Wiederaufnahme der Beratungen über das Reichstagsgesetz „auf gegebenen Zeit“ vor sieht. Nichtsdestoweniger glaubt man in den Kreisen des Reichstages nicht, dass Hermann Müller in den nächsten zwei Tagen seine ihm vom Reichspräsidenten übertragene Mission erledigen wird. Diese Aussicht stützt sich insbesondere auf die Tatsache, dass Hermann Müller im Gegensatz zu seiner urprünglichen Absicht wieder den üblichen langwierigen Weg der Verhandlungen mit den einzelnen Fraktionen und Fraktionsführern beschritten hat.

## Das Arbeitsschutzgesetz.

Obd. Berlin. Der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes ist bekanntlich vom Reichsrat noch kurz vor Auflösung des Reichsrats mit 61 gegen 5 Stimmen angenommen worden. In dem Gesetzentwurf, der nunmehr den neuen Reichstag belädt, wird der Reichsrat eine Reihe wichtiger Änderungen vorgenommen. Von dem im Prinzip festgehaltenen Richtstundentag sind viele Ausnahmen ausgelassen. Außer den Land- und Forstwirtschaftlichen Betrieben will der Reichsrat auch die Jagd und das Sammeln von Felsen und Blasen sowie die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe ausgenommen wissen, die nicht mehr als drei Arbeitnehmer beschäftigen. Zu den Arbeitnehmern sollen alle in der Betriebsausbildung befindenden Personen gehören. Arbeitseibern, die wegen eines Sittlichkeitssverbrechens verurteilt sind, soll die Beschäftigung Jugendlicher oder weiblicher Arbeiter unterstellt werden. Die Bestimmungen des Gesetzes können zwangsläufig auf Kosten der Unternehmer durchgeführt werden. Gänzlich neu umgestaltet sind die Bestimmungen über die Arbeitszeit. Grundlegend ist in § 9 des Entwurfs die Bestimmung über die regelmäßige Arbeitszeit: „Die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers darf 8 Stunden täglich nicht überschreiten.“ Bei allen Ausnahmenbewilligungen für eine andere Verteilung der Arbeitszeit bedarf es der Abmachungen durch den Tarif- oder mindestens Arbeitsvertrag. Zu den Betrieben, für die eine Mehrarbeit gülfig ist, gehören auch das Bank- und Bausgewerbe. Bei den Bestimmungen über die Sonntagsruhe ist zu erwähnen, dass der Reichsminister gegen das Offthalten von Geschäften auf den Bahnhöfen einschreiten kann. Automaten sollen als Verkaufsstellen gelten.

## Die erste Sitzung des neuen Reichstags.

Berlin. Der neu gewählte Reichstag ist bekanntlich gestern nachmittag 8 Uhr unter dem Vorzirkel des Alterspräsidenten Bock (Soz.) zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Neben den Verläufen derselben haben wir bereits berichtet.

Bei dem Aufruf der Namen der Abgeordneten gab es gelegentlich mehr oder minder wilde Kurze von rechts oder links bei der Nennung solcher Abgeordneter, die in den Parteidämpfen der letzten Zeit im Mittelpunkt des Streites standen haben. Abgeleitet von diesem harmlosen Ust verließ der Namensaufruf ohne Störung. Er ergab die Anwesenheit von 402 Abgeordneten, also die Beschlussfähigkeit des Hauses.

Es wurden dann verschiedene von den Kommunisten, Deutschnationalen und dem Zentrum eingegangene Anträge verlesen. Die Kommunisten und die Deutschnationalen verlangten Amnestie für politische Verbrechen. Die Kommunisten wollen die Gemeinderäte, die Deutschnationalen den Landesverein und den Verband militärischer Geheimnisse ausnehmen. Das Zentrum fordert schleunige Hilfsmassnahmen für das betroffene Gebiet. Die Kommunisten beantragen die sofortige Freilassung des in Berlin in Haft stehenden den Reichstag gewählten Kommunisten Kippenberger-Hamburg. Der Alterspräsident schlug vor, alle diese Anträge auf die Tagesordnung der Donnerstagsitzung zu legen nach der Wahl des Reichstagspräsidenten und der Schriftführer, die den ersten Punkt der Tagesordnung bilden soll. Gegen diesen Vorschlag erhob sich kein Widerspruch.

Der nationalsozialistische Abg. Dr. Irck eilte zwar nach vorn und verlangte das Wort zur Gesetzesordnung. Der Alterspräsident nahm ihm aber einen Antrag ab, ohne ihm das Wort zu erteilen.

Abg. Bock stellte dann das Einverständnis des Hauses damit fest, dass die nächste Sitzung des Reichstages am Donnerstag 14 Uhr mit der vorgeschlagenen Tagesordnung stattfinden soll.

So war die Eröffnungssitzung nach einstündigem Dauer ohne jeden Zwischenfall beendet.

### Demokratische Anträge im Reichstag.

Obd. Berlin. Die Demokratische Reichstagsfraktion hat dem neuen Reichstag bereits eine Reihe von Anträgen vorgelegt. In einem dieser Anträge wird die Reichsregierung erzählt, auf die gründliche Beschleunigung der Ausführung des Kriegsschiff-Schlüsseleges hinzumachen. Ein anderer Antrag erzählt um beschleunigte Vorlegung eines neuen Wahlgesetzes, in dem unter Beibehaltung des Grundprinzips der Verhältniswahl die offensichtlichen Mängel beseitigt werden, die aus der bisherigen Anwendungskraft des Verhältnis-Wahlsystems ergeben haben, und ein engeres Verhältnis zwischen der Wählerschaft und den Abgeordneten hergestellt wird. Ferner hat die Fraktion einen Gesetzesentwurf auf Abschaffung der Todesstrafe eingereicht, sie wiederholt weiter ihre Anträge zur Scheidungsreform, für ein Kleinrentnerverdienstgesetz und auf Aufhebung der

### Bon der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf. Der Internationale Arbeitskonferenz lag ein von dem französischen Gewerkschaftsführer Joubaux und dem belgischen Gewerkschaftsführer Mervent gestellter Antrag vor, der unter dem Hinweis, dass die große Mehrheit der Arbeiter Europas sich der sozialen Sprache zu bedienen weiß, die Einführung des Deutschen als dritter Amtssprache der Arbeitskonferenz verlangt. Die Konferenz beschloss mit 73 gegen 6 Stimmen, diesen Antrag unter Einbeziehung der italienischen, spanischen, portugiesischen und böhmischen Sprache anzunehmen, d. h. das gesamte Problem der offiziellen Sprachen soll nochmals durch einen Sonderausschuss des Verwaltungsrates geprüft werden.

Ferner lag der Konferenz ein Antrag des Vorstandsmitglieds des Vermögensrats, Hermann Müller, vor, der sich für die Einführung von Sozialversicherungen in der Landwirtschaft ausspricht. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

### Kommunistische Berlebungsversuche in der Schupo.

Hochverratsprozess vor dem Reichsgericht.

\* Leipzig. (Teilunior.) Vor dem vierten Strafgericht des Reichsgerichts wurde am Mittwoch ein Hochverratsprozess gegen drei Angeklagte aus dem Rheinland verhandelt. Die Anklage erbrachte den Verlust des Hochverrats in der Verteilung der kommunistischen Zeitung „Die Schoppe“ durch die Angeklagten an Polizeibeamte.

Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Der erwerbstlose Bäcker Alfred Altmann und der Bäckarbeiter Wilhelm Böll, beide in Dortmund-Eckendorf, werden von der Anklage der Vorberichtigung zum Hochverrat freigesprochen. Ihnen war nicht nachzuweisen, dass sie den koalitionsfreien und hochverrätlichen Charakter der von ihnen verteilten Zeitung gekannt haben. Der Unterbeamte des Kreisgerichts der KPD, Matthias Zimmermann, in Köln-Chorweiler wird wegen Vorberichtigung eines hochverrätlichen Unternehmens in Tateinheit mit einem Verbrechen gegen Paragraph 7 Absatz 4 des Republikanischen Gesetzes zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Er als

Flüttmittelzölle. Interpellationen wird die Fraktion einbringen wegen des Flugzeugunglücks in Hamburg und wegen des bayr. Wahlgesetzes.

### 200 Reichstagsmandate sind dem Deutschen Volke verloren gegangen.

Obd. Am Mittwoch hat sich der neue Reichstag dem Deutschen Volke vorgestellt. Da ist es nicht uninteressant, einen Blick auf die Abstimmung des 20. Mai zu werfen, die das Statistische Reichsamt aufgestellt hat. Es ergibt sich, dass die zwei hauptsächlichen Parteien, die alle wenig werten Parteien an ihre Wähler einmälig gerichtet haben, nämlich sich nicht zur Partei der Reichsmäher zu schlagen und auch nicht hoffnungslos Parteiplatinen ihre Stimme zu geben, kaum etwas geträumt haben.

Während die kürzlich mandatsbildende Partei, die Sozialdemokratie, insgesamt 9 146 165 Stimmen auf sich vereinigte, haben, dass des Rückgangs der Wahlbeteiligung von 78,8 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 auf 75,4 Prozent, die Reichsmäher wieder den zweitstärksten Aufschwung, mit 10 149 794 Befürworten die starke Partei zu bilden; d. h. es sind allein hierdurch rund 170 Reichstagsabgeordnete weniger im Volkskabinett als die Wahlberechtigten zur Repräsentation ihres politischen Willens entschieden zu wählen können. Zweitflossig hätten diese 170 „Ungeborenen“ eine wesentliche Verschiebung der Wehrheitsverhältnisse unter den 400 gewählten herbeiführen können.

Im einzelnen hatte die starke Wahlbeteiligung der Wahlkreis 10 (Magdeburg) mit 84,4 Prozent die geringste der Wahlkreise 32 (Boden) mit 61,7 Prozent. Erstaunlich hoch ist auch die Zahl der an die Splitterparteien gefallenen Stimmen, auf die kein einziges Mandat gekommen ist; sie beträgt 1 284 230 und bedeutet einen abermaligen Verlust von 20 Mandaten für den Reichstag. Hierzu wurden nach den statistischen Feststellungen, namentlich betroffen die Linken Kommunisten, die überhaupt nicht mehr in die Parlamente zurückkehren, ferner der Volkspolitische Block, der aus dem Reichstag ausscheidet und die kleinen und kleinsten Gruppen bis hinunter zu geringen.

461 706 Stimmen aus dieser Rubrik sind übrigens als unverbrauchte Reststimmen der Volkspolitiker und der Nationalsozialisten auf der Reichsliste dadurch verlorengegangen, dass diese Parteien nicht genügend Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen durchbrachten, um eine Berechnung zu ermöglichen. Lediglich ist von den neuen Splitterparteien des 20. Mai nur dem „Sächsischen Landvolk“ ein Erfolg beschrieben worden; diese Gruppe erscheint mit zwei Abgeordneten im neuen Reichstag.

Zu den Verlusten für die Möglichkeit einer klaren Mandatsbildung muss man schließlich noch die 420 890 abgegebenen ungültigen Stimmen zählen, aus denen sich immerhin auch sieben Mandate ergeben hätten. Allerdings kommt somit rund 200 Mandate vom Deutschen Volke nicht vergeben worden.

Bezirkspolitiker hat den Charakter der zu verteilenden Sitzungen wohl gekannt.

Die kommunistische Partei verlaut, dass ist schon wiederholt festgestellt worden, durch die Verteilung solcher Sitzungen die Schupo-Zelle zu veranlassen, für den Fall des bewaffneten Aufstandes, den die KPD immer noch als möglich betrachtet, nicht gegen die Mitglieder der KPD oder die Aufständischen überhaupt vorzugehen. Diese Feststellung ist also erneut vom vierten Strafgericht gemacht worden.

### Wangstolin †?

London, 13. Juni. „Daily Mail“ berichtet aus Tokio: Am Kriegsministerium liegen Meldungen vor, die als nahezu sicher bezeichnet werden, dass Wangstolin gestorben sei. Eine endgültige Bestätigung dieser mehrfach verbreiteten Meldung ist aber nicht zu erlangen.

### Connabend Beilegung Wangstolin.

\* Beijing. Nach Meldungen aus Peking soll die Bestattung Wangstolins am Sonnabend in Mukden, und zwar ohne jedes militärische Gepränge, stattfinden. Wer zum Nachfolger des Marishes gewählt werden soll, ist noch nicht bestimmt. Gegen die Kandidatur des Sohnes des Marishes hat sich bereits eine Gruppe von Generälen ausgesprochen. Marish Juan scheint einige Aussicht zu haben, auch deshalb, weil er von Japan unterstützt werden würde.

### Kreistagswahlen im Memelgebiet.

\* Memel. Im Memelgebiet haben am 11. Juni die Wahlen zu den Kreistagen stattgefunden. Nach den vorliegenden Ergebnissen ist in der Zusammensetzung der Kreistage trotz der seit der letzten Wahl im Jahre 1925 eingetretenen Abwanderung einerseits und des Anwesens andererseits eine wesentliche Verschiebung nicht eingetreten. Es wurden insgesamt gewählt 89 Abgeordnete der Landwirtschaftspartei und memelländischen Volkspartei, 10 sozialdemokratische Abgeordnete und 12 Nationalsozialisten.